

## Solidarischer Schweinestall

Immer mehr Bauernhöfe stellen auf eine solidarische Landwirtschaft um. Das faire und bedarfsorientierte Wirtschaftsmodell ist so einfach wie genial. Ein fester Kreis von Verbrauchern finanziert einen landwirtschaftlichen Betrieb: **Seite 6**

## Steuernde Stromlast

Die Industrie könnte in Zeiten der Spitzenstromnachfrage durch Herunterfahren oder Abschalten ihrer Anlagen das Netz entlasten. Das Potenzial dafür ist groß. Doch die Rahmenbedingungen stimmen nicht, wie ein Dena-Projekt ergab: **Seite 7**

## Stuttgarter Staub

Fünf Tage lang waren die Autofahrer in der baden-württembergischen Landeshauptstadt dazu aufgefordert, ihr Fahrzeug stehen zu lassen – zu dick und verpestet war die Luft dort geworden. Doch das Alarmsignal hat kaum jemand ernst genommen: **Seite 10**



# Ökologische Wüsten

Foto: Rita Köhler/pixelto.de

Mais war mal eine gut verträgliche Kulturpflanze. Dann kamen Maiszünsler und -Wurzelbohrer. Die Folge: Insektizide setzen der Kerbtiervielfalt ein Ende. Auch Fungizide werden eingesetzt.

Stephan Börnecke traute seinen Augen nicht: Auf der dänischen Nordseeinsel Mandø pflügten Landwirte mehrere Wiesen um. „Eine an sich ganz normale Angelegenheit“, sagt der Journalist. Doch es war der 23. April, also Brutsaison der Agrarvögel, der Kiebitze und Uferschnepfen. Deren Nachwuchs wurde hier gerade niedermäht. Das Pech für diese beiden selten gewordenen Arten, wie auch für Feldlerchen und Wiesenpieper: Sie gehören nicht zu den Schlüsselarten der EU-Vogelschutzrichtlinie und genießen daher auch keine besondere Hege und Pflege wie Kranich, Seeadler, Uhu und Wanderfalke. Natura 2000 fehlte ein entscheidender Faktor, sagt Börnecke: „Es deckt fast keine Ackerflächen ab.“

Anhand solcher Beispiele beschreibt der ehemalige Redakteur der *Frankfurter Rundschau* in einem Dossier für den EU-Grünen Martin Häusling den eklatanten Verlust der Biodiversität in der Agrarlandschaft. Beispiel Rebhuhn: Diese Leitart der Flur hat binnen 35 Jahren 94 Prozent ihrer einstigen Populationsgröße verloren. „In Deutschland gibt es vielleicht noch 50 000 Rebhühner.“ Grund für den Kollaps: Zu wenig Hecken, Feldraine, Brachen, in denen es brüten könnte. Zu wenig Nahrung, da die Giftpflanze die Insekten dezimiert. Auch andere Allerweltsarten gibt es kaum noch. Tiere mit „Feld“ im Namen, sagt Börnecke, hätten schon verloren: -Grashüpfer, -Hamster, -Sperling oder -Hase. Fortsetzung auf Seite 2

## INHALT

<b>Merk-Würdiges</b>	2-3
Wachstum im Kritischen Agrarbericht	
<b>Aus Kommunen und Regionen</b>	4
Wuppertal: Solarinitiative Augsburg: Grünpflege Wetterau-Kreis: Wildkatze	
<b>Aus Unternehmen und Forschung</b>	5
TTIP & Landwirtschaft, Modell 100 Stromer, Trianel's neuer Solarpark	
<b>Best Practice</b>	6
Solidarische Landwirtschaft	
<b>Perspektiven</b>	7
Demand Side Management	
<b>Umweltrecht</b>	8
<b>Abfall</b>	9
Gewerbeabfall-VO im Entwurf	
<b>Immissionsschutz</b>	11
Dünge-VO im Endstadium	
<b>Energie</b>	11
Agora Kohlewende	
<b>Naturschutz</b>	12
Artenschwund im Insektenreich	
<b>Mobilität</b>	13
Kaufprämie für E-Autos kommt?	
<b>Publikationen</b>	14
<b>Bürgerinfo</b> Plastikfasten	15
<b>Veranstaltungen / Impressum</b>	16

Fortsetzung von Seite 1

Die Landwirtschaft steckt knietief in der Ökokrise. Die Artenvielfalt der Ackerlandschaften schrumpfe, sagt Börnecke, „weil Landwirte bis fast auf den letzten Zentimeter ackern und kaum noch Abstand zu Wegen lassen und weil Feldränder unnötigerweise immer wieder gemäht werden“. Kommunen sollten ihre Landwirte daran hindern, meint der Autor, da der Streifen neben Feldwegen öffentliches Land ist. Weil sie unbeliebte Insekten fressen, seien die kleinen Vögel in der Flur ja auch Nützlinge, sagt Börnecke: „Wenn die nicht mehr da sind, muss der Bauer halt Gift spritzen.“

Der Versuch, über das EU-weit verpflichtende „Greening“ den Verlust der Ackerbiodiversität aufzuhalten, wird von Wissenschaftlern bezweifelt. Danach muss seit 2014 jeder Landwirt ab 15 ha Betriebsgröße fünf Prozent davon zur ökologischen Vorrangfläche machen, auf der er Zwischenfrüchte wie Leguminosen anbauen oder auch Blühstreifen anlegen kann, auf der er aber auch Pestizide (!) aufbringen darf. Zur Verbesserung der Artenvielfalt bringe das wenig, befindet das Thünen-Institut in Braunschweig. „Das dient vielleicht dem Grundwasser- und Erosionsschutz, aber nicht dem Artenschutz“, sagt Börnecke.

In seinem Dossier berichtet er auch von einem Göttinger Projekt zur Rettung des Rebhuhns. Dort wurden im Landkreis auf rund 1000 Einzelflächen mehr als 500 ha Blühstreifen eingesät. Der Biologe Eckhard Gottschalk sagt, dass drei bis sieben Prozent der Landschaft dafür notwendig wären, damit diese Leitart der Flur wieder auf die Beine käme. Doch das ist teuer: Um 1000 Brutpaare zu erhalten, werden 1500 ha Blühstreifen benötigt. „Das kostet bei einer Entschädigung von 975 Euro im Jahr 1,4 Mio. Euro. Oder 731,25 Euro je Huhn“, rechnet Börnecke vor. Intensive Landwirtschaft koste also zweimal Steuergeld, bilanziert er. Zum einen die Flächenprämie aus Brüssel als Direktzahlung an den Landwirt, zum anderen oben genannte Kosten, um dessen verheerende Wirkung auf die Artenvielfalt wieder zu korrigieren. „Win-Win-Geschäft sehen anders aus.“ (tb)

► Das 64-seitige sehr gut lesbare Dossier von Stephan Börnecke erhalten Sie als PDF unter [www.martin-haesling.eu/images/Biodiversitaet\\_web\\_end.pdf](http://www.martin-haesling.eu/images/Biodiversitaet_web_end.pdf)

► Die NABU-Studie (aus der Börnecke viel zitiert) Naturschutz in der Agrarlandschaft am Scheideweg als PDF unter [www.michaelottostiftung.de/de/presse/left-area/04/text\\_files/file/mos015\\_Studie\\_RZ\\_140618\\_lowres%202.pdf](http://www.michaelottostiftung.de/de/presse/left-area/04/text_files/file/mos015_Studie_RZ_140618_lowres%202.pdf)

► Büro Martin Häusling (MdB), im Deutschen Bundestag, Ilka Dege, Platz der Republik 1 11011 Berlin, Fon 030/227-70020, Fax -76561, berlin@martin-haesling.eu, [www.martin-haesling.eu](http://www.martin-haesling.eu)

Biodiversität Öko- vs. konventioneller Landbau

## Produktive Artenarmut

Ist der Ökolandbau der konventionellen Landwirtschaft vorzuziehen, wenn es um den Erhalt der Artenvielfalt geht? Ja sicher, das bestätigt doch die einschlägige Biodiversitätsforschung. Um dieses Dogma nun ins Wanken zu bringen, hat sich der Industrieverband Agrar (IVA) eine bemerkenswerte Studie anfertigen lassen. Er beauftragte die Forschungs- und Politikberatungsgesellschaft des Humboldt Forum for Food and Agriculture (HFFA), die Ertragsunterschiede zwischen ökologischem und konventionellem Landbau in Deutschland zu ermitteln. Dass Biobauern weniger ernten, weil auf ihren Äckern mehr krecht und fleucht, sie dafür bodenschonender und wasserschützender arbeiten, ist bekannt. Doch der IVA macht nun eine Rechnung auf, die den Ökolandbau auch in puncto Biodiversität scheinbar ins Hintertreffen geraten lässt. Der Lobbyverband der agrochemischen Industrie bezieht die fast doppelt so hohe Erntemenge der spritzenden Landwirte auf die bewirtschaftete Ackerfläche und schlussfolgert: Ökoland-

wirte müssten doppelt soviel Fläche in Anspruch nehmen, wollten sie eine ähnlich hohe Ernte einfahren wie ihre Kollegen mit Chemiekeule. Da der Bioacker aber nicht doppelt so artenreich sei, schneide die konventionelle Landwirtschaft bei Betrachtung von Ernte und Fläche besser ab.

Der Bund Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) hält diesen Ertragsvergleich für „pseudowissenschaftliche Propaganda“. Wenn man die Standortdaten nicht mit berücksichtige, so der BÖLW, dann „vergleicht der IVA Äpfel mit Birnen“. Unter schwierigen Anbaubedingungen seien die Unterschiede zwischen Bio- und konventionellen Erträgen deutlich geringer, sagt der BÖLW-Vorsitzende Felix Prinz zu Löwenstein: „In vielen Regionen der Welt ernten Landwirte mit innovativen Systemen ökologischer Intensivierung mehr.“ (tb)

► [www.iva.de/sites/default/files/pdfs/studie\\_pflanzenschutz\\_in\\_deutschland\\_und\\_biodiversitaet\\_hffa\\_2016.pdf](http://www.iva.de/sites/default/files/pdfs/studie_pflanzenschutz_in_deutschland_und_biodiversitaet_hffa_2016.pdf)

► IVA, Öffentlichkeitsarbeit, Martin May  
Fon 069/2556-1249, Fax -1298, [may.iva@vci.de](mailto:may.iva@vci.de)

Ein Foto – und was dahinter steckt

## Aus dem Quartier gefallen



Foto: NABU/Marion Ebersbach

Diese Fransenfledermaus sollte jetzt eigentlich Winterschlaf halten. Doch der Frost hat sie überrascht, weil ihr Quartier nicht ausreichend vorm Kälteeinbruch geschützt war. Wenn Fledermäuse aus dem Winterschlaf erwachen „und umziehen möchten“, sagt die Biologin des NABU Brandenburg, Christiane Schröder, „kommt es vor, dass andere noch schlafende Tiere aus den Quartieren gedrängt werden und zu Boden fallen.“ Wer sie findet, empfiehlt Schröder, sollte sie mit Gartenhandschuhen in einen Karton mit Luftflöchern setzen und in einen dunklen, kühlen Raum stellen, bis Hilfe organisiert ist. Gesunde Alttiere könnten bei trockenem Wetter in der Abenddämmerung wieder nahe dem Fundort entlassen werden. Dazu sollte man sie in zwei Meter Höhe an einen Baumstamm setzen. (tb)

► <https://brandenburg.nabu.de/tiere-und-pflanzen/saeugetiere/fledermaeuse/10186.html>

Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen

## Kapitale Fakten der Natur

**D**er Artenschwund in der europäischen Agrarlandschaft ist dramatisch. Da wird der Ruf nach Brüssel immer lauter, öffentliches Geld nur noch für öffentliche Leistungen zu verteilen. Zu vernehmen war diese Forderung nach einer „Versäulung der EU-Agrarpolitik“ natürlich auch auf der Grünen Woche in Berlin. Dort wurde die zweite Studie zum Naturkapital Deutschlands, kurz TEEB, vorgestellt. Der Bericht beziffert die Wohlfahrtsleistungen des Naturschutzes in der Landwirtschaft und wirbt dafür, Subventionen für die Landwirte an solche ökologischen Dienste zu koppeln. Also alles EU-Geld, auch die 4,8 Mrd. Euro an Direktzahlungen, in die zweite Säule zu hieven, in den Topf für die Agrarumweltmaßnahmen.

Einen bemitleidenswert schweren Stand unter den Naturschutzprofis hatte da Udo Hemmerling vom Bauernverband. Auf die Frage der BUND-Ehrenvorsitzenden, ob sich seine Zunft denn gar keine Gedanken darüber mache, was zu tun sei, um aus der Defensive wieder herauszukommen, räumte Hemmerling ein: „Ja, auch die Agrarumweltmaßnahmen sind in einer gewissen instrumentellen und Akzeptanz-Krise. Wir haben seit 2005 keine Anreizkomponente mehr und haben es versäumt, innovative Maßnahmen anzugehen. Die Mechanik

zwischen der Rechtsstaatlichkeit des Naturschutzes und freiwilligen Maßnahmen funktioniert nicht.“ Auf die „Versäulung“ angesprochen, sagte er: „Es muss dann aber auch klar auf den Tisch, wofür das Geld der zweiten Säule dann ausgegeben wird, für welche Maßnahmen genau.“ Das findet Elsa Nickel vom Bundesumweltministerium „eigentlich trivial“. Es dürfe einfach keine Subventionen mehr für „das Falsche“ geben, sagte die Naturschutzabteilungsleiterin: „Das Falsche darf sich nicht mehr lohnen, sondern es darf nur noch Geld geben für den Wiedehopf, für die Reinhaltung des Wassers, für Erosionsschutz.“

Dazu liefert der zweite TEEB-Bericht über die Ökosystemleistungen in ländlichen Räumen die Informations- und Datengrundlage. Demnach ersparen derzeitige Naturschutzmaßnahmen in Auen, Mooren und in der Agrarlandschaft der Gesellschaft Kosten für die Reinhaltung des Wassers in Höhe von 230 Mio. Euro pro Jahr. Grünlandumbruch verursacht dagegen maximal 3000 Euro/ha an gesellschaftlichen Kosten. Das seien doch „ökonomische Argumente, die Entscheidungsträger überzeugen müssten“, meint Berichtleiterin Christina von Haaren von der Universität Hannover. (tb)

► [www.naturkapitalteeb.de/publikationen/projekteigene-publikationen/bericht-2.html](http://www.naturkapitalteeb.de/publikationen/projekteigene-publikationen/bericht-2.html)

Kritischer Agrarbericht 2016

## Wachsen oder Weichen

**Die Präsentation des Kritischen Agrarberichts ist ein Höhepunkt jeder Internationalen Grünen Woche – zumindest wenn es nach einigen wenigen Journalisten geht.** Tatsächlich wird der mehr als 300 Seiten starke Bericht auch gelesen. 5000 Exemplare werden mittlerweile gedruckt. „Immer mehr Menschen stehen hinter uns“, sagt Herausgeber Frieder Thomas vom Agrarbündnis aus 25 Agrar-, Umwelt-, Tier-, Verbraucherschutz- sowie Entwicklungsverbänden.

Das zeigt auch die jährlich gegen die Industrialisierung der Landwirtschaft marschierende Demo, an der auch dieses Jahr wieder mehr als 20 000 Menschen teilnahmen und „Wir haben es satt!“ skandierten. „Die Details und Hintergründe ihres Protests können sie dann in diesem Buch nachlesen“, sagt Thomas. Der *Kritische Agrarbericht 2016* befasst sich im Schwerpunkt mit

dem agrarindustriellen „Wachstum“ der Betriebe, dem Immer-schneller-immer-mehr-Produzieren. Mit der Folge, dass sich „immer mehr bäuerliche Höfe verabschieden und von industriellen Einheiten geschluckt werden“, sagt Bündnismitglied Hubert Weiger vom BUND. Die Zahl der Schweinhalter z.B. habe um 90 Prozent abgenommen.

Das geplante Freihandelsabkommen TTIP, auch darum geht es in einigen der 47 Beiträge, werde diesen Strukturwandel eher noch beschleunigen, meint nicht nur Weiger (s. S. 5). TTIP sei „der Todesstoß für die bäuerliche Landwirtschaft“. Die lasse sich dann auch nicht mehr retten durch das „was wir können“, sagt Thomas, „nämlich Qualität“. Und das sei „neu und beängstigend“, findet der Agrarbündnis-Chef. (tb)

► Einige Beiträge können Sie online lesen unter [www.kritischer-agrarbericht.de/index.php?id=357](http://www.kritischer-agrarbericht.de/index.php?id=357)

UmweltBriefe im Rückblick ...



**Herr Wissmann sollte sich die Elbe // nochmal durch den Kopf gehen lassen**, fordern Naturschutzverbände, Bündnis90/DieGrünen und engagierte Bürger. Nach einem Abkommen vom September zwischen dem Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann und den Verbänden bzw. der Partei sollte im Zuge des Verkehrsprojekts Deutsche Einheit lediglich der Elbeseitenkanal ausgebaut werden. Die Bauarbeiten am Fluß selbst, zwischen Coswig und Roßlau – an der Mittleren Elbe, im gleichnamigen Biosphärenreservat, stießen daher beim BUND Sachsen-Anhalt auf Widerspruch (...). Schlimmere Folgen erwartet der BUND jedoch für den gesamten Fluß hinter der Baustelle. Anträge der Opposition, den Bau zu stoppen, wurden von der Regierung abgelehnt, obwohl nicht alle rechtlichen Fragen geklärt sind und selbst die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens nicht feststeht. (...) Kritik äußerte auch die Deutsche Binnenreederei, wemgleich mit anderer Intention: Wird die Elbe nicht stärker ausgebaut, ist der Wirtschaftsstandort Deutschland in Gefahr.“ (UKÖB 05/96 vom 30.10.1996)

... und heute

Im Sommer 2015 hat monatelanges Niedrigwasser den Schiffsverkehr auf der Elbe lahmgelegt. „Bereits 2014 hat die Güterschifffahrt den Betrieb eingestellt, weil der Elbe schlicht das Wasser fehlte“, sagt BUND-Vorsitzender Hubert Weiger. Trotz baulicher Maßnahmen sei das offizielle Wassertiefenziel zwischen Dresden und Hamburg nicht ganzjährig zu halten, bestätigt auch das Bundesverkehrsministerium. Zwischen Mai und September 2015 lagen die Fahrrinntiefen an der Elbe teilweise unter einem Meter und unterschritten damit deutlich den angestrebten Wert von 1,60 m. Das Kanzleramt hat erstmals bestätigt, dass es keine garantierte Fahrrinntiefe auf der Elbe geben müsse. (tb)

► [www.elbeinsel.de](http://www.elbeinsel.de)

**HAMBURG – Hafenlogistik.** Um die eine Million LKW-Fahrten mit Leercontainern einzudämmen und effizienter abzuwickeln, lässt die Hamburg Port Authority (HPA) den Neuhöfer Kanal ausbaggern. Von Mitte März an soll man dort auch bei Niedrigwasser Leercontainer von und zum Depotbetrieb bringen können. Die HPA erwartet dadurch 60 Prozent mehr Umschlag mit Binnenschiffen. Der betrug 2014 rund 16 000 TEU (Twenty-foot Equivalent Unit), also nur das Ein- bis Zweifache der Ladung eines Containers der jüngsten Generation. (mb)

► HPA, Martin Boneß, Neuer Wandrahm 4, 20457 Hamburg, Fon 040/42847-2301, martin.boness@hpa.hamburg.de, www.hamburg-port-authority.de

**BERLIN – Energiekonzept.** Die Enquete-Kommission Neue Energie des Abgeordnetenhauses empfiehlt dem Land die Rekommunalisierung der Netze. Außerdem möge das Land dem kommunalen Selbstverwaltungsrecht mehr Geltung verschaffen und für klarere Regeln eintreten (z.B. für Planer von Energieanlagen), einschließlich der Möglichkeit der Inhouse-Vergabe. Dazu müsste das Energiewirtschaftsgesetz novelliert werden. Auch die Nutzung der Erdwärme sei gesetzlich zu verankern. (mb)

► Der Bericht unter [www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de)  
► Abgeordnetenhaus Berlin, Enquete-Kommission Neue Energie für Berlin, Nina Hüfken, Niederkirchnerstr. 5, 10117 Berlin, Fon 030/2325-1430, enkoenergie@parlament-berlin.de

**GRÄFENHAINICHEN – Ferropolis.** Der Veranstaltungsort am Gremminer Tagebausee soll mittels regenerativer Energien energieautark werden. Die von der Stadt beauftragte Studie untersucht das Potenzial für Wind, Sonne und Erdwärme. Ergebnis: Zwei große Windräder könnten das Gelände, das an Festivaltagen den Strombedarf einer mittelgroßen Stadt hat, versorgen. (mb)

► Potenzialstudie (84 S.) als PDF unter [http://stadt-mit-neuer-energie.de/?page\\_id=123](http://stadt-mit-neuer-energie.de/?page_id=123)  
► Ferropolis GmbH, Thies Schröder, Ferropolisstr. 01 06773 Gräfenhainichen, Fon 034953/351-20, Fax -23 schroeder@ferropolis.de, www.ferropolis.de

**SWISTTAL – Windrad vs Grauummer.** Das OVG hat den Bau von vier Windrädern auf Gemeindegebiet vorläufig gestoppt, weil bereits die UVP-Vorprüfung nicht ordnungsgemäß lief: Die Standorte befinden sich im letzten NRW-Schwerpunktorkommen der Grauummer, die an Windkraftanlagen häufig kollidiert. Mit weniger als 150 Brutpaaren gilt sie in NRW als vom Aussterben bedroht. (mb)

► OVG NRW – OVG Münster, Dr. Ulrich Lau, PF 6309 48033 Münster, Fon 0251/505-255, pressestelle@ovg.nrw.de, www.ovg.nrw.de (> Presse > Archiv)

**WUPPERTAL – Solarinitiative.** Weil der Solarausbau in der Wuppermetropole unterm Durchschnitt deutscher Großstädte liegt, will die Initiative Solar Schweben Multiplikatoren zum Bau von PV-Anlagen auf 1000 Dächern gewinnen. Unterstützung kommt von der Energieagentur NRW und dem Wuppertal-Institut. Schirmherr des Projekts ist OB Andreas Mucke. (mb)

► Initiative Solar schweben – 1000 Dächer für Wuppertal, c/o Kupper Bros. Produkt- und Projektentwicklung, Boris und Thilo Kupper, Simonsstr. 7 42117 Wuppertal, Fon 0202/2429196, info@firmengruppe-kuepper.de, www.solar-schweben.de

**DÜSSELDORF – Stellplätze.** Die Landeshauptstadt will nicht mehr pro Wohnung einen Autostellplatz vorschreiben. Das macht das Bauen teuer (Tiefgaragen) oder kostet viel Raum, der besser genutzt werden könnte. Künftig soll die Anzahl der geforderten Stellplätze von der Wohnungsgröße, der Nutzungsart (z.B. Senioren- oder Studentenwohnung) und der Qualität des ÖPNV-Anschlusses abhängen. Eine adäquate Regelung für Fahrradstellplätze soll in einem halben Jahr erscheinen. (mb)

► Landeshauptstadt Düsseldorf, Amt für Kommunikation, Kerstin Jäckel-Engstfeld, PF 101120 40002 Düsseldorf, Fon 0211/89-93131, Fax -94179 presse@stadt.duesseldorf.de, www.duesseldorf.de

**WETTERAU-KREIS – Wildkatzensprung.** Auch hier brachten Lockstöcke dem Projekt Erfolg: Mindestens drei Individuen der grauen Jägerin hinterließen Haare an den Baldrianhölzern. Damit ist die Wildkatze nun erstmals auch für die Wälder im Forstamt Nidda nachgewiesen. Auch im Raum Butzbach vermute man die heimlichen Katzen, heißt es aus dem Landratsamt. An der Nachweisaktion hatte Landrat Joachim Arnold persönlich teilgenommen. (mb)

► Wetterau-Kreis, Kommunikation, Michael Elsaß, Europaplatz Gebäude B, 61169 Friedberg, Fon 06031/83-1400, Fax -911400, www.wetteraukreis.de  
► Wildkatzensprung, BUND Hessen, Susanne Schneider, Ostbahnhofstr. 13, 60314 Frankfurt/M. Fon 069/677376-16, susanne.schneider@bund-hessen.de, www.bund-hessen.de/wildkatze

**STUTTGART – Feinstaubalarm.** Während des erstmals am 18. Januar ausgelösten fünftägigen Alarms haben nur wenige ihr Auto stehen lassen (s. S.10). Der Verkehrsverbund verkaufte am ersten Tag 1500 Tickets mehr. Die Verwaltung überlegt ein Fahrverbot, aber erst ab 2018. Umweltverbände fordern, im Alarmfall alle Diesel stillzulegen oder zu verbannen. Der Autoclub AvD erklärt, PKW würden nur vier Prozent der Feinstaubemissionen verursachen. (mb)

► Landeshauptstadt Stuttgart, Andreas Scharf, Rathauspassage 2, 70173 Stuttgart, Fon 0711/216-91811, Fax -91799, internetredaktion@stuttgart.de

**NÜRNBERG – Energetische Sanierung.** Die Stadt hat ihre Bücherei sanieren lassen. Dabei wurde das Haus aufgestockt und mit dem Kloster vereint. Vor allem die Magazine für mittelalterliche Schriften und der Denkmalschutz stellten hohe Anforderungen an die Technik. Der Wärmebedarf liegt nur noch bei 18 Prozent wie vorher, der Stromverbrauch bei zwei Drittel. Details zu Bau und Monitoring sind nachzulesen unter [www.bine.info](http://www.bine.info) (Projektinfo 17/2015). (mb)

► Kommunales Energiemanagement Nürnberg Hochbauamt, Urs Wenzel, Marientorgraben 11 90402 Nürnberg, Fon 0911/231-4223, Fax -5620 urs.wenzel@stadt.nuernberg.de, www.nuernberg.de/internet/referat6/wir\_bauen.html

**AUGSBURG – Grünpflege.** Gemeinsam mit dem Tierschutzverein will der Landschaftspflegeverband (LPV) Flächen mit Ziegen beweidet. Die 20 Tiere sollen nur wenige Tage verweilen in Biotopen, die für den Wanderschäfer zu klein oder nicht erreichbar sind. Vorgesehen sind die Außenanlagen beim Landesamt für Umweltschutz, die Wertachauen sowie das Römerfeld beim Pfannenstiel. Geplant ist außerdem, rund 22 ha Ausgleichsfläche bei Bannacker mit Rindern zu beweidet. (mb)

► Stadt Augsburg, Kommunikation, Ekkehard Schmolz, Rathausplatz 1, 86150 Augsburg, Fon 0821/324-9401, Fax -9405, muk@augzburg.de [www.augsburg.de](http://www.augsburg.de) (> Aktuelles aus der Stadt)

**MÜNCHEN – Fairtrade-Einkaufsführer.** Wo man faire Produkte in der Stadt überhaupt kaufen kann, zeigt die frisch überarbeitete Internetseite [www.muenchen-fair.de](http://www.muenchen-fair.de) des Nord-Süd-Forums nun mit einem Shopfinder. Außerdem versammelt sie Informationen zu den Themen Selber machen, Reparieren und Teilen. (mb)

► Nord Süd Forum München e.V., c/o EineWeltHaus Raphael Thalhammer, Schwanthalerstr. 80 RG 80336 München, Fon 089/856375-23, Fax -12 r.thalhammer@nordsuedforum.de [www.nordsuedforum.de](http://www.nordsuedforum.de)

**KÖLLIKEN – Mülldeponie.** Nach dem Rückbau der ehemaligen Sonderabfalldeponie in Kölliken im Kanton Aargau, muss nun der Fels unter der Deponie tiefer als erwartet abgetragen werden (vgl. UB 14/15, S.4). Während man von etwa einem Meter ausgegangen war, zeigt sich an schwarz verfärbten Gesteinsmaterial aus Bohrkernen, dass die Giftstoffe in Sandsteinpartien bis fünf Meter tief eingesickert sind. Immerhin müssten nur rund 20 Prozent des Areals ausgebagert werden, erklärt Deponie-Geschäftsführer Benjamin Müller. (mb)

► Sondermülldeponie Kölliken, GF Benjamin Müller Safenwilerstr. 27, CH-5742 Kölliken, Fon 0041(0)62/73780-10, Fax -20, info@smdk.ch, www.smdk.ch

**+++ TTIP und Landwirtschaft.** Der Bundesverband der grünen Wirtschaft, Unternehmens-Grün, fordert für das geplante Freihandelsabkommen TTIP, in den Verhandlungen die Sektoren Landwirtschaft und Ernährung herauszunehmen. „Betriebe in den USA sind strukturell ganz anders aufgestellt. Durch die viel größeren Produktionseinheiten dort sind die Kosten niedriger als in der EU“, sagt Geschäftsführerin Katharina Reuter, die viele Interviews mit kleineren und mittleren Betrieben der Agrar- und Ernährungsbranche führte. Die orientierten sich stark auf heimische Märkte. „Doch das wird in den Verhandlungen völlig außer Acht gelassen“, sagt Reuter. Die Kleinen könnten in einen ruinösen Konkurrenzkampf getrieben werden. Derzeit exportiert die EU Waren für 15 Mrd. Euro in die USA. Von dort nach Europa kommen dagegen Produkte im Wert von 8 Mrd. Euro. Für die US-Landwirtschaft wäre es also lukrativ, ihre Märkte zu vergrößern.

Dass ihr Getreide so billig sei wie nirgends sonst, liege auch an den dortigen Standards zum Gentechnikeinsatz und den hohen Grenzwerten für Pestizide, sagt Felix Prinz zu Löwenstein: „Es wird zwar immer versichert, dass unsere Standards nicht angetastet werden“, so der Vorstand des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW). Doch eine weitere Verbesserung dieser Standards würde künftig erschwert, wenn die USA da ein Wörtchen mitzureden hätten. Unternehmens-Grün schlägt ein spezifisches Sonderabkommen für den Fall vor, „wenn etwas äquivalent ist“. Solcherart Vereinbarung zwischen den USA und der EU gibt es bereits für Bioprodukte. (tb/mb)

► **Die Studie TTIP: Risiken für kleine und mittlere Betriebe in der Agrar- und Ernährungswirtschaft (64 S.) als PDF unter [www.unternehmensgruen.org/wp-content/uploads/2016/01/Studie\\_food\\_farming\\_ttip\\_FINAL122015.pdf](http://www.unternehmensgruen.org/wp-content/uploads/2016/01/Studie_food_farming_ttip_FINAL122015.pdf)**

► **UnternehmensGrün e.V., Dr. Katharina Reuter Wielandstr. 17, 10629 Berlin, Fon 030/32599-683 Fax - 682, [info@unternehmensgruen.de](mailto:info@unternehmensgruen.de)**

**+++ Mit Paraffin-Wasser-Gemischen heizen und kühlen.** Solche Fluide lassen sich anstelle von Wasser als effizienter Wärmeträger oder Kühlmittel verwenden: Denn sie bieten in einem engen Temperaturbereich um ihren Schmelzpunkt (je nach Zusammensetzung von minus 20°C bis plus 110°C), theoretisch deutlich höhere Wärmekapazitäten als Wasser. Erstmals bietet nun eine Studie des Eon-Energieforschungszentrums der RWTH Aachen und des Fraunhofer Instituts Umsicht Berechnungen und Erfahrungen mit solchen PCM-Fluiden (Phase Changing Materials) in der Praxis. Als aussichtsreich erwiesen

sich PCM-Fluide in einer Kühldecke sowie als Wärmeträger in einem Fernwärmenetz. Weil PCM-Fluide auch flüssig viskoser als Wasser sind, müssen Auswirkungen auf die Leistung von Pumpen, auf Vor- und Rücklauftemperaturen, die exergetische Effizienz sowie Wärmeverluste als Wirkfaktoren für mögliche Anwendungen einbezogen werden. So ergaben Experimente für eine Fußbodenheizung in einem Einfamilienhaus, für eine thermische Solaranlage sowie für eine Wärmepumpenheizung keine positiven Effekte oder waren nicht praktikabel. (mb)

► **Das BINE-Projektinfo 18/2015 Wärmeverteilung mit Slurries planen (4 S.) erhalten Sie kostenlos als PDF unter [www.bine.info](http://www.bine.info) (> Publikationen)**

► **RWTH Aachen, Eon Energieforschungszentrum Lehrstuhl für Gebäude- und Raumklimatechnik Prof. Dr. Dirk Müller, Mathieustr. 6, 52074 Aachen Fon 0241/80-49760, [post\\_etc@eonerc.rwth-aachen.de](mailto:post_etc@eonerc.rwth-aachen.de), [www.maschinenbau.rwth-aachen.de/go/id/xip/](http://www.maschinenbau.rwth-aachen.de/go/id/xip/)**

► **Fraunhofer-Institut Umsicht, Dr.-Ing. Clemens Pollerberg, Osterfelder Str. 3, 46047 Oberhausen Fon 0208/8598-1124, [www.umsicht.fraunhofer.de](http://www.umsicht.fraunhofer.de)**

**+++ Modellprojekt 100 Stromer.** In dieser Initiative sind seit November 2015 drei Städte im Südwesten vereint: Offenburg, Schwäbisch Gmünd und Ludwigsburg wollen mit der Landesagentur E-mobil BW je 100 Elektroautos bzw. Hybrid-Plugins auf die Straßen bringen. Besonders Unternehmen und Gewerbetreibende will man informieren, dass Elektrofahrzeuge trotz einiger Nachteile, wie geringe Reichweite, bereits heute wirtschaftlich nutzbar seien. Dazu werden die Kommunen in Zusammenarbeit mit Stadtwerken, Autohändlern oder Handwerkern spezielle Angebote schaffen. Zu den Auftaktveranstaltungen waren zwar Bundespolitiker und Autobauer mit ihren Produkten erschienen. Fördergeld oder Fahrzeuge boten sie aber nicht an.

Auch sonst scheint der Weg der Elektroautos holprig: So war Ludwigsburg, das sich seit Jahren für die Elektromobilität stark macht, war vor einem Jahr beim Ausbau der Daimler-E-Smart-Mietwagenflotte Car2Go nicht als Standort einbezogen worden. Ende 2015 zog auch noch Flinkster seine beiden E-Autos wegen zu geringer Nachfrage vom Bahnhof ab. Eine Studie zu E-Carsharing vermutet, dass die Kunden schlicht noch zu unsicher seien, um sich bei Kurzzeitmieten auf die ungewohnte Technik einzulassen, berichtet Heinz Handtrack von der Stadt. Immerhin sei dort nun ein erstes Elektrotaxi in Betrieb. Der stadt eigene Mitsubishi iMiev werde gern von Rathaus-Bediensteten gefahren, sei aber auch für Carsharing-Nutzer zu mieten. Und die Stadtwerke bauen für 200 000 Euro ihr Netz an Ladesäulen auf 20 aus, wobei bereits vier veraltete La-

desäulen ersetzt werden müssen. Kreisweit waren im Jahr 2014 erst 152 Elektro-PKW zugelassen, im September 2015 waren es laut der Kfz-Innung 222 Stromer. (mb)

► **E-mobil BW GmbH, GF Franz Loogen Leuschnerstr. 45, 70176 Stuttgart, Fon 0711/892385-0 Fax -49, [info@e-mobilbw.de](mailto:info@e-mobilbw.de), [www.e-mobilbw.de](http://www.e-mobilbw.de)**

► **Stadt Ludwigsburg, Nachhalt. Stadtentwicklung Heinz Handtrack, Stuttgarter Str. 2/1, 71638 Ludwigsburg, Fon 07141/910-2248, [h.handtrack@ludwigsburg.de](mailto:h.handtrack@ludwigsburg.de), [www.ludwigsburg.de/](http://www.ludwigsburg.de/) (> Stromer Flyer)**

**+++ Trianel kauft Solarpark.** Die Trianel Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (TEE) hat zum Jahreswechsel ihren ersten Solarpark gekauft. Die 20 ha große Freiflächenanlage in Pritzen in Brandenburg leistet max. 10 MW und war erst im Sommer am Rande des ehemaligen Braunkohletagebaus Greifenhain im Landkreis Oberspreewald-Lausitz gebaut worden. Die 38 000 Solarmodule sollen jährlich rund 10 Mio. kWh Strom ins Netz der Mitnetz Strom (Mitteldeutsche Netzgesellschaft Strom mbH) einspeisen. Die TEE will ihre Erzeugungleistung aus erneuerbaren Energien bis 2018 auf 275 MW ausbauen und sich dazu auf Wind und Sonne konzentrieren. (mb)

► **Trianel GmbH, Unternehmenskommunikation Maik Hünefeld, Krefelder Str. 203, 52070 Aachen Fon 0241/41320-282, Fax -308, [m.huenefeld@trianel.com](mailto:m.huenefeld@trianel.com), [www.trianel-erneuerbare-energien.de](http://www.trianel-erneuerbare-energien.de)**

**+++ Mit der Energie vom Nachbarunternehmen effizienter produzieren.** Zielgruppe vom Klimaschutzprojekt „Interflex“ des Bundesumweltministeriums (BMUB) sind benachbarte kleine und mittelständische Unternehmen in zehn bestehenden Gewerbegebieten. Im Fokus steht eine Gruppenanalyse des Energieverbrauchs der beteiligten Unternehmen. Simulationen sollen helfen, die Energieeffizienz jedes Unternehmens per Laststeuerung zu steigern. Also indem man den Energiebedarf aller Firmen entsprechend dem jeweiligen individuellen Bedarf flexibel aufteilt.

Ziel ist, es einen solchen „Energieaustausch“ zwischen mehreren Firmen dann in der Praxis zu organisieren. Ein Beispiel wäre, überschüssige Abwärme eines Betriebes in benachbarten Unternehmen zu nutzen. Die Simulationen werden von der Hochschule Karlsruhe durchgeführt, die Vernetzung der Betriebe übernimmt das Institut für Ressourceneffizienz und Energiestrategien (IREES). Das BMUB fördert das Projekt im Rahmen der nationalen Klimaschutzinitiative für drei Jahre mit 623 000 Euro. (mb)

► **Weitere Infos zur Nationalen Klimaschutzinitiative: [www.klimaschutz.de](http://www.klimaschutz.de) (> Meldungen)**

► **BUMB, Presse, Michael Schroeren Fon 030/18305-2018, [presse@bmub.bund.de](mailto:presse@bmub.bund.de) [www.bmub.bund.de/presse](http://www.bmub.bund.de/presse)**